



Berthold Huber
Erster Vorsitzender der IG Metall

Makroökonomische Konferenz
Gerechtigkeit in einer globalisierten Wirtschaft

IG Metall Vorstand, Frankfurt am Main
30. Oktober 2008

Gewerkschaften und ihr Beitrag zu einer gerechten Gesellschaft

Sperrfrist Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch im Namen der IG Metall möchte ich Sie, möchte ich euch, zu unserer Veranstaltung herzlich begrüßen.

Ich muss gleich zu Beginn ein Geständnis machen. Als ich in Vorbereitung auf dieses Referat noch einmal die Überschrift las: „Gewerkschaften und ihr Beitrag zu einer gerechten Gesellschaft“ ist mir der Schreck in die Glieder gefahren.

Denn angesichts der desaströsen Lage an den Finanzmärkten und eines drohenden Crashes des internationalen Finanzsystems wurden mir die Grenzen unseres gewerkschaftlichen Handelns bewusst.

Wir sind aber nicht ohnmächtig und wissen um unsere Möglichkeiten: Wir werden in dieser Tarifbewegung mit allen unseren Mitteln versuchen, den Folgen des internationalen Konjunkturabschwungs und der Finanzmarktkatastrophe etwas entgegenzusetzen.

Wir wollen durch eine spürbare Verbesserung der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerlöhne die Binnenkaufkraft stärken und damit dazu beitragen, Arbeitsplätze zu sichern.

Nachfragerückgänge, die durch eine Kreditkrise bedingt sind, kann man nicht durch Lohnzurückhaltung bekämpfen.

Im Gegenteil: Ökonomisch vernünftig ist es, gerade in dieser Phase konjunktureller Abschwächung und rückläufiger Auslandsnachfrage mit höheren Einkommen die Nachfrage am Binnenmarkt zu beleben.

Wer mit Personalkostensenkung mitten in einer internationalen Finanzkrise die Kaufkraft im Inland strangulieren will, der muss sich vorwerfen lassen, einzelbetrieblich egoistische Interessen zu Lasten makroökonomischer Vernunft durchsetzen zu wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der laufenden Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie geht es uns nicht nur um mehr Wachstum und Beschäftigung, es geht auch um einen Beitrag für mehr Gerechtigkeit.

Erlauben sie mir dazu einen Ausflug in die Wissenschaft. Im Jahr 2005 schrieb Professor Richard Sennett, Sozialwissenschaftler an der London School of Economics sein Buch „Die Kultur des neuen Kapitalismus“. Darin heißt es:

„Die Ungleichheit ist zur Achillesferse der modernen Ökonomie geworden. Sie erscheint in vielen Formen: Als gewaltige Erhöhung der Bezüge für Topmanager, als Verbreiterung der Einkommensunterschiede zwischen den Beschäftigten auf höheren und denen auf niedrigeren betrieblichen Ebenen; als Stagnation der Einkommen der mittleren Schichten im Verhältnis zur Elite. Der nach dem Muster „the winner takes it all“ gestaltete Wettbewerb erzeugt eine extreme materielle - und ich würde hinzufügen auch eine soziale - Ungleichheit.“

Was Sennett hier anspricht, sind die inzwischen unübersehbaren gesellschaftlichen Desintegrationsprozesse als Folge eines weitgehend deregulierten Finanzmarktkapitalismus.

Die jüngst veröffentlichte OECD-Studie hat es erneut belegt: In keinem Land ist in so kurzer Zeit die Schere zwischen Arm und Reich aufgegangen, wie in Deutschland. Die Mittelschicht in Deutschland schrumpft dramatisch. Die Zahlen zeigen, dass die Abwärtsmobilität in der Mittelschicht deutlich stärker ausgeprägt ist als der Aufstieg. Bei ärmeren Bevölkerungsschichten ist eine deutliche Verfestigung ihrer Situation und geringe Aufstiegschancen zu erkennen. Das verunsichert und verängstigt die Menschen.

Wo liegen die Ursachen.

Die an den Finanzmärkten agierenden Großinvestoren haben eine Höchstrendite in möglichst kurzer Zeit zum Maßstab ihres wirtschaftlichen Handelns gemacht. Langfristige und nachhaltige Unternehmensziele sind dabei unter die Räder gekommen genauso wie soziale, demokratische und umweltpolitische Ziele.

Auch die ökonomischen Auswirkungen dieses Finanzmarktkapitalismus sind katastrophal. Das erleben wir heute mit dem drohenden Kollaps des internationalen Finanzsystems. Das haben wir als IG Metall jahrelang in den Betrieben zu spüren bekommen, als tausende von Arbeitsplätzen dem Renditewahn der Anleger zum Opfer gefallen sind, sei es bei Nokia oder bei AEG-Electrolux.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir erleben mit der internationalen Finanzkrise das Ende dieses, wie Joseph Stiglitz es nannte, „desaströsen Geschäftsmodells“.

Der Marktradikalismus mit seinem Schlachtruf „mehr Markt und weniger Staat“ ist an der Wirklichkeit zerschellt.

Mit seiner Meinung steht Stiglitz nicht alleine. Auch andere Träger des Nobelpreises für Ökonomie, wie Paul Krugman und Amartya Sen, oder auch der frühere amerikanische Arbeitsminister Robert Reich fordern die Abkehr von der reinen Angebotspolitik.

Sogar eine Ikone der klassischen Angebotstheorie, Robert Solow, sieht jetzt den Staat in der Verantwortung, regulierend und steuernd einzugreifen.

Das Kredo dieser Wissenschaftler ist: Wir brauchen eine neue Form der Ökonomie, die nicht nur das Gewinn- und Renditestreben des Einzelnen im Blick hat. Wir brauchen eine Ökonomie, die der Wohlfahrt der gesamten Gesellschaft dient.

Das deckt sich in weiten Teilen mit dem wirtschaftsethischen Diskurs. Ökonomie ist immer auch ethisch zu legitimieren. Der Zusammenhang von ökonomischer und ethischer Rationalität resp. gesellschaftlicher Verantwortung ist bei vielen Managern aus dem Blick geraten.

Die marktwirtschaftliche Ordnung ist eben nicht „per se“ ein moralisch gutes Regelsystem und unternehmerisches Handeln dient nicht schon automatisch dem Wohle der Allgemeinheit.

Und ich sage an dieser Stelle deutlich, solange in der Europäischen Union die Kapitalfreiheit wichtiger ist als die Mitbestimmung und die sozialen Grundrechte, solange die Freiheit der Shareholder höher bewertet wird als der Schutz des sozialen Zusammenhalts und solange die Privatisierung wichtiger ist als die Grundversorgung der Menschen, solange haben wir in Europa noch einen weiten Weg vor uns.

In einer demokratischen Gesellschaft mit einer sozialstaatlichen Verfassung ist das Eigentum auf das Allgemeinwohl verpflichtet. Wer den Shareholder Value und die Gewinnmaximierung zum Fetisch erhebt, der verhält sich ökonomisch kontraproduktiv und gesellschaftspolitisch gefährlich.

Die Werte, die die IG Metall dagegensetzt, sind Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität, aber auch Anerkennung, Würde und Respekt vor der menschlichen Arbeit. Daran muss sich die Wirtschaft messen lassen.

In den Geistes- und Sozialwissenschaften ist man sich weitgehend einig, dass eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt die politische, ökonomische und moralische Anerkennung ist. Und weil das so ist, haben wir unsere 8 Prozent Forderung in der Tarifrunde auch gerechtigkeitspolitisch begründet. Dabei geht es ganz wesentlich um Verteilungsgerechtigkeit und um Leistungsgerechtigkeit, denn die Gewinne der vergangenen Jahre sind das

Ergebnis der Arbeit der Beschäftigten, folglich sind sie auch fair an den Früchten dieser Arbeit zu beteiligen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

natürlich ist es mit einem ethischen Kodex nicht getan.

Wenn wir über ethische und moralische Normen diskutieren, wenn wir uns auf Normen einigen, doch dann nur deshalb, damit sie zur Handlungsmaxime werden können.

Wir wollen keine wohlklingenden Absichtserklärungen, wir wollen klare Regeln, die für wirtschaftliches und politisches Handeln gelten sollen.

Und da der Bundesminister für Finanzen, Peer Steinbrück, unter uns im Saal sitzt und nach mir sein Referat halten wird, möchte ich die Gelegenheit nutzen, ihn zu begrüßen und ihm zu sagen:

„Sehr geehrter Herr Minister, lieber Peer, Wir, die IG Metall, aber auch die Gesellschaft, werden es nicht hinnehmen, wenn die Lösung der Finanzmarktkrise nach dem Prinzip erfolgt: „Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert“.

Bei allem Verständnis für Krisenmanagement und schnelle Entscheidungen, darf bei der Finanzierung der Rettungspakete das Verursacherprinzip nicht missachtet werden.

Diejenigen, die von den Finanzspekulationen der vergangenen Jahre profitiert haben, die müssen zur Verantwortung gezogen werden, wenn es um die Folgekosten geht.

Es ist bekannt, wie hoch die Dividendenausschüttungen und Vorstandsgehälter der zehn größten Banken in Deutschland in den vergangenen fünf Jahren waren. Von daher weiß man zumindest, was man

heute den Eigentümern und Managern zumuten kann, wenn sie sich an den Kosten der Sanierungspakete beteiligen sollen.

Schließlich, und das meine ich nicht polemisch, muss sich jeder Hartz IV-Empfänger finanziell bis aufs Hemd ausziehen, bevor ihm staatliche Regel-Unterstützung in Höhe von 351 Euro monatlich zuteil wird.

Es wird von der Gesellschaft nicht akzeptiert werden, wenn bei den gigantischen Milliardensummen aus Steuergeldern, die den Banken zur Verfügung gestellt werden, andere Maßstäbe gelten sollen.

Es war immer ein gewerkschaftliches und sozialdemokratisches Prinzip zugleich, dass breite Schultern mehr tragen müssen als schmale. Und dieses Prinzip darf bei der Bewältigung der Finanzmarktkrise nicht unter die Räder kommen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Krisenmanagement und Zahlung der Kosten der Finanzmarktkatastrophe ist die eine Seite, die andere Seite aber ist: Wenn sich das Desaster nicht wiederholen soll, brauchen wir eine nachhaltige Regulierung der Finanzmärkte. Wir brauchen sie auf nationaler, auf europäischer Ebene und auf globaler Ebene.

Diese Regulierung darf nicht den Zweck haben, wie es Friedhelm Hengsbach befürchtet, dass Kapitalspritzen und Bürgschaften in Milliardenhöhe nur als Aufputzmittel für Finanzeliten wirken, ihre desaströsen Geschäftspraktiken fortzusetzen.

Eine neue Finanzarchitektur muss den Zweck haben, das Diktat der Finanzmärkte zu beenden. Sie muss den Zweck haben, das Primat der Politik über die Ökonomie wieder herzustellen.

Primat der Politik heißt, dass Finanzmärkte und Wirtschaft dem Allgemeinwohl dienen, dass soziale, demokratische und umweltpolitische Ziele nicht der Gewinnmaximierung untergeordnet werden.

Wir brauchen ein neues Verhältnis von Finanz- und Sachinvestitionen. Wir brauchen eine Politik für Arbeit, Bildung und den Schutz der Umwelt. Die breite industrielle Basis in Deutschland ist die beste Chance dafür. Diese nachhaltig umzubauen erfordert langfristige Investitionen. Dies ist mit Renditevorstellungen von über 20 Prozent nicht zu erreichen. Deshalb sagen wir:

- Wir brauchen nicht nur einen Schutzschirm für Banken,
- wir brauchen langfristige Investitionen in Umwelt und Arbeit,
- wir brauchen mehr Zukunftsinvestitionen des Staates in Bildung und Wissenschaft
- und wir brauchen Vorrang der Realwirtschaft vor dem Finanzkapital.

Es ist heute erforderlich, dass die über viele Jahre durchgesetzte Privilegierung der Finanzbranche korrigiert wird – in der Aufsicht und in der Besteuerung. Die Wiedereinführung von Steuern auf Gewinne aus Beteiligungsverkäufen ist ebenso geboten wie die höhere Besteuerung von Kapitaleinkünften.

Für die Regulierung der Finanzmärkte möchte ich einige Eckpunkte nennen, die mir unverzichtbar erscheinen. Das sind:

- Ein Haftungsverbund der Banken,
- Eine effektive Finanzaufsicht national und international,
- Höhere Liquiditäts- und Eigenkapitalvorsorge,
- Strengere Bilanzierungsvorschriften,
- Finanz-TÜV
- Persönliche Haftung der Verantwortlichen,
- Straffe Regulierung von Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds,

Dies alles sind Elemente, um mit Transparenz und mehr Kontrolle zukünftigen Finanzmarktkatastrophen vorzubeugen.

Darüber werden wir heute noch diskutieren. Ich glaube aber, wir brauchen darüber auch eine Diskussion in der gesamten Gesellschaft.

In den demokratisch legitimierten Institutionen, in den Parlamenten, muss entschieden werden, welche Rolle Finanzmärkte und Finanzinstitutionen in der Wirtschaft haben. Und nicht in Banketagen oder auf dem Börsenparkett.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen

Zu Beginn meines Referats sprach ich von den Grenzen gewerkschaftlichen Handelns bei der finanziellen Bewältigung der Finanzmarktkrise.

Zum Schluss möchte ich von Chancen und Möglichkeiten sprechen. Natürlich haben Gewerkschaften Einfluss. Wir wollen uns nicht verstecken.

Als Zusammenschluss von Millionen abhängig Beschäftigter haben wir Möglichkeiten bei der Gestaltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Betrieb und Gesellschaft. Wir sind Gegenmacht, wenn uns das Kapital herausfordert.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität herrscht, in der Menschen würdig leben können und ihre Arbeit respektiert wird. In dieser Gesellschaft sind Menschen nicht fremdbestimmte Objekte anonymer, ungezügelter Marktkräfte. Sie sollen Subjekte sein, die ihr Schicksal selbst- und mitbestimmen können.

Deshalb ist für uns ein Ausbau der Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen unverzichtbar. Mitbestimmungsrechte, wie sie im VW-Gesetz verankert sind, können zum Beispiel verhindern, dass Betriebe ohne Zustimmung der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat verlagert werden.

Wenn wir dem Finanzmarktkapitalismus und maßlosem Gewinnstreben in Industrie- und Dienstleistungsunternehmen Schranken setzen wollen, dann brauchen wir Regelungen wie bei VW auch in anderen Unternehmen und Branchen.

Ich habe in den vergangenen Jahren auf vielen Versammlungen und bei Streikkundgebungen gesprochen, mit denen sich die Beschäftigten gegen Lohnsenkung oder Arbeitsplatzvernichtung gewehrt haben.

Einer der zentralen Punkte war immer: Den Beschäftigten helfen keine abstrakten Beschwörungsformeln von der sozialen Marktwirtschaft. Die Beschäftigten brauchen konkrete institutionelle Rechte, echten Einfluss und echte Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmen.

Kampf gegen ungezügelte Märkte und maßloses Gewinnstreben, Kampf für mehr Mitbestimmung – das ist der Beitrag, den Gewerkschaften zu mehr Gerechtigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft leisten.

Und dazu gibt es keine Alternative.

Danke schön.